



Ercheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,40 RM. (bei ins Haus geliefert); durch die Post bezogen im inländischen Vertrieb monatlich 1,70 RM. — Einzelnummern 10 Pf. — Adressen: R. 20 bei der Oberamtskanzlei Rorschach, Rorschach, Wildbad. — Redaktion: Enzthalbote & Co., Wildbad, Rorschacher Gemeindefabrik, Wildbad. — Telephon: 251 74.

Anzeigenpreis: Die erste Zeile 20 Pf., die zweite 15 Pf., die dritte 10 Pf., die vierte 8 Pf., die fünfte 6 Pf., die sechste 5 Pf., die siebte 4 Pf., die achte 3 Pf., die neunte 2 Pf., die zehnte 1 Pf. — In Kontofällen oder wenn gegen die Zetteltreibung nocheinmalig wird, fällt jede Nachzahlung nach Weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Koberer Graf, Wildbad, Wildbadstraße 96, Telefon 179. — Wohnung: Dornstraße 65.

Nummer 41 Fernruf 179 Mittwoch, den 19. Februar 1930 Fernruf 179 65. Jahrgang.

Die Genfer Zollfriedenskonferenz

Am Montag trat in Genf auf Einladung des Völkerbunds die internationale Konferenz zusammen, die die Frage eines „Zollfriedens“ oder, richtiger noch, „Zollwaffenstillstands“ prüfen soll. Die Genfer Weltwirtschaftskonferenz vom Mai 1927 hatte in ihrem Schlussbericht nicht nur eine Senkung der überhöhten Zölle, sondern auch die Festigkeit der Zolltarife gefordert. Die Wirtschaftsfachverständigen haben sich seitdem weiter damit beschäftigt, was dazu führte, daß im September 1929 von englischer und französischer Seite der Vorschlag kam, man solle durch ein Abkommen aller Mächte, auch Nichtmitglieder des Völkerbunds, zunächst für bestimmte, mehrjährige Frist auf jede neue Zollerhöhung und internationale Handelserschwerung verzichten.

Man war sich 1927 in Genf darüber einig, daß für den internationalen Handel die mangelnde Festigkeit der Zolltarife schädlich sei. Die häufige oder plötzliche Veränderung der Zollsätze führe zu überraschenden Schwankungen in den Handelsbeziehungen und veranlasse im Zusammenhange mit bereits abgeschlossenen Handelsverträgen ernste Schwierigkeiten oder Störungen. Deshalb empfahl die Konferenz, allertalben die Zolltarife laßfristig festzulegen und in den Handelsverträgen sich entsprechend zu verpflichten. Denn Handelsverträge würden am ehesten dazu geeignet sein, auf möglichst langen Zeitraum das Zollniveau im Ruhezustand zu halten. Das war eine Hoffnung, die sich gleich vielen anderen Erwartungen der in Genf versammelten Weltwirtschaftler als Bahn erwiesen hat. Die drei Jahre seit der 1927er Konferenz haben über den internationalen Güterauslaß einen wahren Hagel neuer Zollerhöhungen und Abschürungsmahnahmen ausgeschüttet. Zwar kam die allgemeine Konvention über die — keineswegs restlose — Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote zustande; dafür erfannten aber sinnige Köpfe auch wieder neue Mittel zum Ausschluß fremder Waren, vor allem den zuerst in Italien und Spanien weiterhaft gehandhabten und dann auch anderwärts nachgeahmten „administrativen Protektionismus“. Durch Verwaltungsmaßnahmen verbodener oder erschwerte man den öffentlichen oder staatsabhängigen Unternehmungen mehr und mehr die Verwendung von Auslandszeugnissen und hielt so in weitem Maß die fremde Ware wirksam fern, auch ohne Zollerhöhung oder Einfuhrverbot.

Bei dieser anhaltenden Neigung zur gegenseitigen Abschließung kam natürlich das Handelsvertragsgeschäft nur langsam vorwärts. Soweit man sich überhaupt zu einigen verstand, wurde nur kurzfristig paktiert. Das war also genau das Gegenteil von der „Stabilität“, die man in Genf empfohlen hatte.

Das in Genf zu vereinbarende Abkommen wird nur dann Zeit, Mühe und Kosten des internationalen Treffens lohnen, wenn es zwei Bedingungen erfüllt. Erstens muß es vollständig und unzweideutig sein. Es darf absolut keine Ausnahmen und Hintertürchen geben. Die zweite Bedingung ist, daß mindestens alle wichtigen Staaten der Weltwirtschaft — die Handelsstatistik nennt deren 24 europäische und 20 außereuropäische — die Konvention unterschreiben. Wenn beispielsweise Amerika draußen bleibt, ist der Plan bereits tot und erledigt.

Diese kurzen Bemerkungen zeigen schon, wie schwierig auch nur eine ganz einfache Konvention sich zustandebringen läßt, die nichts anderes will als einen zunächst höchstens zwei- bis fünfjährigen Verzicht auf neue handelspolitische Kampfmaßnahmen. Es ist bloß ein „Zollwaffenstillstand“, noch lange kein „Zollfriede“, vom Abbau der Zollschranken und einer „alleuropäischen Wirtschaftsverbrüderung“ zu schweigen. Beim Geldbeutel hört eben die Freundschaft auf. Beunruhigend ist schließlich die Haltung Amerikas. Den Amerikanern genügt es nicht, Weltzeugung und Weltpreis wichtigster Rohstoffe zu beherrschen; sie streben auch nach der Führung der Weltindustrie, und wie rücksichtslos sie ihre Ausfuhrwaren anderen Ländern aufzwingen möchten, zeigt der amtliche Protest des Präsidenten Hoover gegen die Automobilzollerhöhungen verschiedener europäischer Staaten. Amerika selbst aber darf sich in Kampfmaßnahmen gegen Auslandswaren alles erlauben, was die Willkür des neuen amerikanischen Zollgesetzes beweist, der die Wertberechnung zollpflichtiger Einfuhrwaren und somit praktisch die Zollbemessung vollkommen dem Gutdünken des Zollbeamten überläßt. Wird Amerika, falls es überhaupt der Konvention zustimmt, auf solches Kaufschußgesetz schlimmerer Sorte verzichten? Wenn nicht, dann schade um Geld und Arbeit in Genf.

Deutschlands Zollerhöhungsbedarf ist durch die Zollnovelle vom Dezember 1929 verbessert, wenn auch noch nicht lückenlos gesichert worden. Wenn nun auch die andern, wenigstens für die nächste Zeit, auf weitere Zollerhöhung verzichten, dann um so besser. Freilich, die Hoffnung ist nicht groß. Die deutschen Vertreter in Genf — die Reichsminister Schmidt und Dietrich, Staatssekretär Trendelenburg und das Unglückskind Dr. Hilferding mit einem großen Stab von Hilfsarbeitern — werden

Tagespiegel

Die Reichszuschüsse für die östlichen und westlichen Grenzgebiete wurden vom Reichskabinett gleichmäßig auf je 20 Millionen Mark festgelegt. Bisher bekam der Osten 17, der Westen 23 Millionen.

Das Reichskabinett hat unter dem Widerspruch des Reichsarbeitsministers die Ausgaben für Wochenhilfe von 29 auf 15, für die Invalidenversorgung von 40 auf 20 Millionen, die in den Haushalt 1935 eingelegt werden sollen, herabgesetzt. Die von Wiffell beantragte Erhöhung der Kapitalabfindungen für Kriegsbeschädigte von 63 auf 88 Millionen wurde abgelehnt. Die Entscheidung über die Verminderung der produktiven Erwerbsloosfürsorge wurde einstweilen ausgefetzt. Die Lage ist sehr gespannt geworden.

Für den Panzerkreuzer B wurde kein Betrag in den Haushaltplan 1930 aufgenommen. Ueber das Kolosper wurde noch keine Entscheidung getroffen.

Man muß angeben müssen, daß sie von der Gegenseite nicht wieder eingewidelt werden. Auf der Konferenz sind 35 Staaten vertreten, davon Brasilien, Chile, Kuba, Persien, Domingo und die Vereinigten Staaten nur durch einen Beobachter.

Man könnte diese Konferenz ebenso gut einen Kongreß der Zollpessimisten nennen, denn sämtliche Vertreter, ganz gleich aus welchem Lager, die man über den vorausgesetzlichen Ausgang der Verhandlungen befragt, machen bedenkliche Miene und weisen auf die Tatsache hin, daß gerade unmittelbar vor dem Zusammentritt der Konferenz die Schutzpolitik fast aller europäischen Länder einen neuen Anstoß erfahren hat. Man schätzt die voraussichtliche Dauer der Konferenz auf etwa drei Wochen. Die erste Woche dürfte mit der allgemeinen Erörterung der jetzigen zollpolitischen Lage Europas ausgefüllt sein, die vielleicht interessante Aufschlüsse über die zollpolitischen Absichten und Maßnahmen der einzelnen Staaten bringen wird. Später werden die einzelnen Fragen, die der Landwirtschaft, der Fischerei, der Meistbegünstigungsklausel und ihr Verhältnis zu dritten Staaten in Unterausschüssen von Fachleuten beraten werden.

Das Kabinett Tardieu gestürzt

Paris, 18. Febr. Bei der Weiterberatung des Haushaltsgesetzes wurde gestern der Artikel über die Herabsetzung der Grundsteuer bzw. Steuererleichterungen für Industrie- und Handelsgewinne, die vom Finanzminister bekämpft worden waren, von der Kammer mit 286 gegen 281 angenommen. Das Kabinett Tardieu ist darauf zurückgetreten.

Der Finanzausschuß hatte die Steuererleichterung beantragt. Finanzminister Cheron erklärte in der Sitzung, der Antrag sei für die Regierung unannehmbar, da er einen Ausfall in den Staatseinnahmen von 50 bis 60 Millionen bedeute und den Haushalt aus dem Gleichgewicht bringe. Für den Antrag stimmte auch eine Anzahl Abgeordneter der Rechten, denen die Staatschuldenansammlung Chérons zu weit geht. Der Finanzminister hat nämlich, wie er selbst im Finanzausschuß mitteilte, bereits 17 bis 18 Milliarden Franken (2,79 bis 2,95 Milliarden Mark) aufgespeichert — „für alle Fälle“. Da Cheron durch sein barisches Vorgehen gegen die Opposition auch bei der Regierungskoalition Mißstimmung erregt hatte, so fand sich eine Mehrheit gegen ihn unschwer zusammen. Unvorsichtigerweise hatte, übrigens mit Zustimmung der übrigen Kabinettsmitglieder und des an Grippe erkrankten Tardieu, Cheron die Vertrauensfrage gestellt.

Tardieu beauftragte den Finanzminister, dem Staatspräsidenten den Rücktritt des Kabinetts anzuzeigen. Er ist aufgebracht, daß die Koalition ihn im Stich gelassen habe in einem Augenblick, wo er, durch Krankheit ans Bett gefesselt, sich nicht habe verteidigen können.

Ueber das neue Kabinett, das wegen der Flottenkonferenz rasch gebildet werden muß, liest man in den Pariser Blättern verschiedene Vermutungen. Die einen glauben, daß Präsident Doumergue Tardieu wieder berufen werde, der dann auf Cheron, auch ein Vertrauensmann Poincarés wie Tardieu, verzichten müßte. Tardieu habe sich durch seine großen Erfolge im Haag das größte Verdienst um Frankreich erworben. Andere sprechen von der Möglichkeit der Zurückrufung Brindais, der seit seinem Sturz am 3. November 1929 ruhig abgewartet habe, bis Tardieus Politik sich heftig gelassen habe. Wieder andere sind der Ansicht, daß Poincarés Zeit wieder gekommen sei.

Die Meinung in London

In London glaubt man, daß durch die französische Kabinettskrise die Flottenkonferenz Zeit gewinnen werde, inwieweit Fragen zu erledigen oder mit Ruhen zu besprechen,

an denen Frankreich weniger interessiert sei. Was die Sicherheitsforderung Frankreichs anlangt, so sollen laut „Times“ verschiedene Mitglieder der Kommission nicht abgeneigt sein, für einen Vertrag, der die fünf Mächte verpflichten würde, in kritischen Zeiten gemeinsamen Rat zu erteilen. Das würde das äußerste sein, worauf Amerika sich einlassen würde. Man glaubt aber, daß Frankreich sich damit nicht begnügen werde.

Noch keine Einigung in der Finanzreform

Berlin, 18. Februar. Ueber die gestrige Kabinettsitzung, die von 5 Uhr bis nachts 1.30 Uhr dauerte, wird amtlich mitgeteilt, das Reichskabinett sei den Beschlüssen des Reichsrats über die Gestaltung des Nachtragshaushaltsplans für 1929 beigetreten. Die Beratung über die Ausgaben des Haushaltsplans 1930 habe in den wesentlichen Punkten zu einer Einigung geführt.

Die Einigung ist aber nach den Berichten der Blätter keine vollständige, namentlich nicht unter den Regierungsparteien. Den wesentlichen Streitpunkt bildet immer noch die Arbeitslosenversicherung, bezüglich deren zwischen dem Reichsfinanzminister Moldenhauer und dem Reichsarbeitsminister Wiffell bzw. der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie noch starke Meinungsverschiedenheiten bestehen. Es handelt sich um 250 Millionen Mark jährlich, für die nach dem Stand der Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien eine Einigung auf folgender Grundlage versucht werden soll: Das Reich gibt im Haushaltsjahr 1930 150 Millionen Mark, im Haushaltsjahr 1931 100 Millionen Mark festen Zuschuß für diese Versicherung. Für die übrigen 100 bzw. 150 Millionen Mark soll die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung nach eigenem Ermessen Deckung suchen. Hierfür kommen grundsätzlich zwei Gruppen von Maßnahmen in Betracht: eine abermalige Erhöhung der Beiträge und Herabsetzung der Leistungen. Der Reichstag würde also die Entscheidung über die Deckung des Fehlbetrags in der Arbeitslosenversicherung freiwillig aus den Händen geben. Im Hintergrund steht jedoch immer noch die Lösung, daß das Reich sowohl für 1930 wie 1931 die gesamten fehlenden 250 Millionen Mark durch Hingabe von Reichsbahnvorkaufsaktien deckt, für die dann das Reich eine Kursbürgschaft übernehmen würde. Da das Reich jedoch nach Ablauf der zwei Jahre die Vorkaufsaktien zurückkaufen müßte, würde eine solche Lösung lediglich eine Verschiebung eines Teils der heutigen Finanzverlegenheiten auf das Jahr 1932 bedeuten. Daß dadurch ein gründlicher Umbau und Abbau der deutschen Steuern bis zur Unmöglichkeit erschwert werden würde, liegt auf der Hand.

Besonders langwierig dürften die Verhandlungen über die Streichung von rund 52 Millionen Mark aus dem Haushalt des Reichsarbeitsministeriums werden. Es handelt sich hierbei um vier Posten, die gestrichen oder ermäßigt werden sollen: 1. die Wöchnerinnenfürsorge; 2. die Krisenfürsorge; 3. die Verwendung von Zollmehreinkünften in Höhe von 40 Millionen Mark für Sonderzuwendungen an die Invalidenversicherung und 4. um neue Zuwendungen an durch Kapitalzahlung abgefundene Kriegsbeschädigte. Endlich soll auch noch aus dem Haushalt des Reichswehrministeriums ein Betrag von rund 30 Millionen Mark gestrichen werden. Die gesamten Ersparnisse, für die das Reichsfinanzministerium eintritt, belaufen sich auf etwa 85 bis 90 Millionen Mark.

Einpruch gegen die Steuererhöhung

Bremen, 18. Febr. Die Deutsche Volkspartei hat an die der Partei angehörigen Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer und an den Parteiführer Dr. Scholz gegen die geplanten Steuererhöhungen Widerspruch erhoben. Vor Jahresfrist sei die Steuererhöhung versprochen worden, statt dessen solle nun die Wirtschaft neu belastet werden. Die Reichsregierung müsse endlich erkennen, daß der Höhepunkt der Steuern schon überschritten sei. Die Deutsche Volkspartei dürfe keine weiteren Steuern mehr bewilligen, vielmehr müsse die grundlegende Reform der Arbeitslosenversicherung erzwungen werden.

Neueste Nachrichten

Hugenberg und Oberfohren beim Reichspräsidenten

Berlin, 18. Februar. Reichspräsident v. Hindenburg hat, wie bereits berichtet, am Montag mittag den Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hugenberg, und den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, Dr. Oberfohren, zu einer Botsprechung über den neuen Plan und das polnische Liquidationsabkommen empfangen. Der Besuch der Parteiführer stützt sich auf Artikel 72 der Reichsverfassung, der lautet: Die Verkündung eines Reichsgesetzes ist um zwei Monate auszusetzen, wenn es ein Drittel des Reichstags (das

heißt der anwesenden Mitglieder) verlangt. Gesetze, die der Reichstag und der Reichsrat für dringlich erklären, kann der Reichspräsident ungeachtet dieses Verlangens verkünden. — Wenn also ein Drittel der bei der Abstimmung über die Youngsche anwesenden Reichstagsmitglieder die Auslegung der Gesetzesverkündung verlangt, so müssen Reichstag und Reichsrat diese Gesetze für dringlich erklären, wenn sie durch den Reichspräsidenten verkündet werden sollen. Aber auch wenn die Gesetze für dringlich erklärt worden wären, ist der Reichspräsident nicht verpflichtet, sie zu verkünden, er kann die Verkündung ablehnen.

In Artikel 73 Absatz 2 der Reichsverfassung wird ferner bestimmt, daß ein Gesetz, dessen Verkündung auf Antrag von mindestens einem Drittel des Reichstags ausgeht, dem Volkentscheid zu unterbreiten ist, wenn ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten es beantragt. Unter Umständen könnte also ein neuer Volkentscheid über die Haager Gesetze herbeigeführt werden.

Geheimföhung über den Neuen Plan

Berlin, 18. Februar. Die Beratung des Neuen Plans wurde in den vereinigten Ausschüssen bei Abschnitt „Zahlungsausschuß“ und „Schuldklausel“ auf Antrag des Abg. Pränning (Ztr.) geheim geführt, damit die Regierung ohne außenpolitische Rücksichten ausführliche Auskünfte geben könne.

Verchiebung der Reichstagsföhung

Berlin, 18. Februar. Die Ausschußverhandlungen über den Neuen Plan ziehen sich mehr in die Länge, als vorgesehen war. Die für Mittwoch angeordnete Volksföhung des Reichstags mußte daher abgeseht werden. Sie findet nicht vor Freitag statt.

Durchsuchung des Liebnecht-Hauses wegen Vorbereitung zum Hochverrat

Berlin, 18. Febr. Durch Beschluß des 4. Straßensatzes des Reichsgerichts vom 3. Februar 1930 ist in der Ermittlungssache gegen Unbekannt wegen Vorbereitung zum Hochverrat die Durchsuchung des Karl-Liebnecht-Hauses in Berlin, am Bülowplatz, angeordnet worden. Es handelt sich, wie das Polizeipräsidium mitteilt, um die Zerlegungsschrift „Was müssen die Polizeibeamten jetzt tun? Polizeibeamte als Opfer des Youngplans!“ und um Material, aus dem sich ergibt, daß diese Schrift in dem genannten Gebäude hergestellt worden ist. Vor dem Haus hatte sich eine große Zahl Arbeitsloser angeammelt, die gegen die Polizei Stellung nahmen. Ueberall gab es Zusammenstöße, so daß die Polizei vom Gummiknüppel Gebrauch machen mußte. Das Haus wurde von der Polizei stark besetzt. Die Durchsuchung dauerte mehrere Stunden.

Für die 7-Stunden-Schicht

Essen, 18. Februar. Die „Deutsche Bergarbeiterzeitung“, das Hauptblatt des Deutschen Bergarbeiterverbands, kündigt ein internationales Vorgehen für die 7-Stunden-Schicht im Bergbau an. Bis zur Juniokonferenz des Internationalen Arbeitsamts in Genf würden die Bergarbeiter einen verstärkten Druck auf die Regierungen ihrer Länder ausüben. Wenn die deutschen Unternehmer ihre Ablehnung durch einen Hinweis auf die internationalen Wettbewerbsverhältnisse begründen, so sei damit die Frage der 7-Stunden-Schicht für die Bergarbeiter durchaus nicht abgetan. Was auf nationalem Gebiet allein nicht erreicht werden könne, müsse im Rahmen eines internationalen Vorgehens verwirklicht werden.

Auslandsreise der Königin Maria und Prinzessin Jeanne

Bukarest, 18. Febr. Königin Maria und Prinzessin Jeanne werden am Donnerstag von Constanza nach Aegypten abfahren, von wo sie später nach Syrien reisen werden, um dort vor allem die heiligen Stätten zu besuchen. Ihre Auslandsreise wird länger dauern, als zunächst geplant war. Die auf den 27. 4. festgesetzte Heirat der Prinzessin Jeanne mit dem Grafen Hochberg ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. — Die Reise soll wohl die Liebchaft beenden.

Eine neue politische Partei in England

London, 18. Februar. Der Zeitungsbesitzer Lord Beaverbrook kündigt die Bildung einer neuen politischen Partei an, die den Namen Partei des vereinigten Imperiums führen wird. Der Hauptprogrammpunkt der neuen Partei soll der freie Gütertausch innerhalb des gesamten britischen Reichs sein.

Generalstreikdrohung des mexikanischen Arbeiterverbandes

Newyork, 18. Febr. Associated Press meldet aus Tampico: 15 Personen, darunter angesehene Arbeiterführer, wurden hier verhaftet und nach Mexiko gebracht. Die Verhaftungen erfolgten im Zusammenhang mit dem kürzlichen Anschlag auf Präsident Rubio. Der Allgemeine Arbeiterverband in Tampico sandte an den Kriegsminister ein Telegramm, in dem er die Freilassung der Arbeiterführer fordert und für den Fall einer Ablehnung dieser Forderung mit dem Generalstreik der Arbeiterschaft in Tampico und einer öffentlichen Kundgebung für Mittwoch droht. — Nach einer Meldung aus Mexiko-City verbietet eine neue Verfügung des Präsidenten Rubio Zivilpersonen das Waffentragen ohne Erlaubnisschein. Die Polizei hat bereits damit begonnen, Straßenpassanten anzuhalten und nach Revolvern zu untersuchen. Rubios Verzte erklären, die Besserung im Befinden des Präsidenten Rubio schreite günstig fort, doch dürste Rubio noch nicht sprechen, da die Wunde am Kiefer noch nicht völlig geheilt sei.

Neues Einwanderungsgezet in Südafrika

Kapstadt, 18. Februar. Die Regierung Herzog hat im Bundesparlament ein Gesetz eingebracht, das die Einwanderung namentlich aus den südlichen und östlichen Ländern Europas stark einschränkt. Der Führer der Opposition, General Smuts, bekämpfte das Gesetz, das keinen liberalen Geist zeige, und er trat für die „offene Tür“ ein, ein Handelsgezet könne der Union nicht schaden. Ministerpräsident Herzog erwiderte, Smuts werde ein „Eierlänger“ (d. h. ein charakterloser Mensch) bleiben. Das Gesetz liege im Interesse des Landes und müsse angenommen werden. Im Parlament ist eine starke Mehrheit dafür.

Vater sagt zur Mutter:

Wenn das Mädchen in die Apotheke, in die Drogerie oder ins Reformhaus geht, soll es Pfugs „Baldora“-Käuterpulver und die losenlose Droschüre nicht vergessen.

Die Württ. Regierung verfassungsmäßig

Leipzig, 18. Februar. Im Verfassungsstreit der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei im württ. Landtag gegen das Land Württemberg und den württ. Landtag um die Verfassungsmäßigkeit der seit dem 8. Juni 1928 bestehenden Regierung Dr. Bolz verkündete der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich am Dienstag früh seine Entscheidung dahin: „Die Anträge werden zurückgewiesen!“ Damit ist festgesetzt, daß die Regierung Dr. Bolz auf verfassungsmäßige Weise zustande gekommen ist und sich zu Recht im Amt befindet.

In der Begründung führte Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke aus: Die Anträge der Sozialdemokratischen Partei betreffen unzweifelhaft Verfassungsstreitigkeiten im Sinn des Artikels 19 der Reichsverfassung. Zur Entscheidung dieses Streits ist der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich berufen. Die Legitimation der Parteien ist nicht zu bezweifeln.

Der Antragstellerin ist zuzugeben, daß die Bestimmungen der Artikel 27 und 28 der württ. Verfassung über das Erfordernis des „Vertrauens des Parlaments“ an sich die Auslegung zulassen, daß bei der Neubildung des Staatsministeriums durch den Staatspräsidenten einer positiven Bekundung des Vertrauens des Landtags bedürfe. Indessen ist nach dem Wortlaut und dem Zusammenhang der Bestimmungen auch die Auslegung möglich, daß es einer positiven Vertrauenskundgebung nicht bedürfe, das Staatsministerium oder der einzelne Minister vielmehr nur auf eine Kundgebung des Mißtrauens zurückzutreten habe.

Die Fassung der gegenwärtigen württ. Verfassung vom 25. September 1919 bezweckt, die Angleichung der Landesverfassung an die Reichsverfassung. Diese hatte das Erfordernis des Vertrauens des Parlaments zur Regierung in ihrem Artikel 54 in weniger scharfer Weise festgelegt. Sie hatte ferner für die Länder in dieser Beziehung im Artikel 17 Abs. 1 Satz 3 nur allgemein bestimmt, daß Landesregierungen des Vertrauens der Volksoertretung bedürfen. Es ist nicht anzunehmen, daß die Reichsverfassung für die kleineren Verhältnisse der Länder stärkere Anforderungen stellen wollte, als sie im Reich selbst zur Sicherung des parlamentarischen Systems für erforderlich erachtete. Es ist auch unwahrscheinlich, daß der württ. Landtag bei der Angleichung der Landesverfassung an die des Reichs schwerere Bedingungen für die Regierungsbildung habe aufstellen wollen, als das Reich von den Ländern verlangte und für sich selbst als genügend ansah. Da hiernach überwiegende Gründe für eine der herrschenden Auffassung von Artikel 54

der Reichsverfassung entsprechende Auslegung des Artikels 27 Abs. 2 Satz 2 der württ. Verfassung sprechen, bedürfte das am 8. Juni 1928 gebildete württ. Staatsministerium, insbesondere auch der Aussenminister Dr. Bazille, eines Vertrauensbeschlusses oder einer sonstigen Vertrauenskundgebung des Landtags nicht.

Unbegründet ist auch der Antrag, das Verbleiben des Staatsministeriums im Amt wegen der am 10. Juli 1929 erfolgten Veränderung in der Besetzung von drei Abgeordnetenmandaten für die spätere Zeit auf Grund des Art. 17 Abs. 3 der württ. Verfassung für verfassungswidrig zu erklären. Eine Neuwahl des Staatsministeriums und eine Neubildung des Staatsministeriums hat nach jener Verfassungsbestimmung nur nach der Neuwahl des Landtags stattzufinden. Einer Neuwahl des Landtags kann aber eine Verchiebung in der Besetzung von drei Landtagsmandaten nicht gleichgestellt werden.

Die auf Ungültigkeitserklärung des § 76 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Württ. Landtags und der darnach bestimmten Abstimmungsergebnisse vom 8. Juni 1928 und 19. April 1929 gerichteten Anträge stützen sich auf § 19 Abs. 1 Satz 2 der württ. Verfassung. Dieser besagt indessen nur, daß der Landtag mit Stimmmehrheit beschließen, nicht dagegen, ob und unter welchen Bedingungen die auf die Abstimmung bezügliche Erklärung der Landtagsmitglieder, als ablehnend oder zustimmend zu werten oder bei Zählung der Stimmen außer Anlaß zu lassen sind. Es kann auch nicht zugegeben werden, daß es dem Sinn der Erklärung, sich der Abstimmung zu enthalten, widerspreche, diese der Ablehnung gleichzustellen. Die Auslegung der Stimmenthaltung als Verneinung gilt um so eher als vertretbar, als neben der einjachen Stimmenthaltung noch die Erklärung, die Abstimmung zu verweigern, möglich ist.

Für die Anträge auf Nichtigkeitsklärung der Stimmgabe Dr. Bazilles oder auf Nichtzählung seiner Stimme fehlt es an einer verfassungsrechtlichen Grundlage. Der Satz, daß bei der Abstimmung einer Körperschaft kein Mitglied in eigener Sache stimmen dürfe, steht in dieser Allgemeinheit weder im öffentlichen noch im bürgerlichen Recht. Sittenwidrigkeit einer Stimmgabe eines Ministers zu dem ihn betreffenden Mißtrauensvotum kann nicht vorliegen. Auch kann ihm nicht zum Vorwurf gemacht werden, wenn der Abgeordnete und Minister etwa eine mehr oder weniger persönliche Politik betrieben, den Wahlkampf in scharfer Weise geführt und sich dadurch scharfen persönlichen Angriffen ausgesetzt habe.

Erweisen sich demnach die Anträge der sozialdemokratischen Partei nach jeder Richtung als unbegründet, so kann die Frage dahingestellt bleiben, ob die Anträge nach der am 19. Januar 1930 vorgenommenen Erweiterung des Staatsministeriums und der damit verbundenen Verbreiterung der Regierungskoalition noch in vollem Umfang gegenwärtig das rechtliche Interesse haben, das bei Einreichung der Klage unzweifelhaft vorlag.

Württemberg

Stuttgart, 18. Februar.

Krankheitsstatistik. In der 6. Jahreswoche vom 2. bis 8. Februar wurden in Württemberg folgende Fälle von gemeingefährlichen und sonstigen übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet: Diphtherie 41 (tödlich 2), Rindpestfieber 3 (—), Tuberkulose der Lunge und des Kehlkopfs, sowie anderer Organe 10 (31), Scharlach 30 (—), Typhus 1 (1), Typhusverdacht 1 (—), Paratyphus 1 (—).

Neue katholische Kirche. Die katholische Gesamtkirchengemeinde von Stuttgart hat im Vorort Kallental ein neues Gotteshaus über 22 Ak großen Platz an der Schloßstraße, wo früher das Kallentaler Schloß lag, zum Bau einer Kirche angekauft.

Stuttgart, 18. Febr. Todesfall. Heute früh ist Professor Emil Fladt im Alter von 70 Jahren gestorben. Er wirkte von 1901—1927 als Alt-Philologe am Dillmann-Realgymnasium. Neben seiner Tätigkeit gehörte der Musik keine ganze Kraft. 1925 wurde er Ehrenmitglied des Schwäbischen Sängerbundes. Besondere Verdienste hat er sich um die Einrichtung des Söchermuseums in Schnait erworben.

Hollandsarbeiten. Der Gemeinderat hat beschlossen, die rückständigen Wohnungs- und anderen Arbeiten nach dem Haushaltsplan 1929/30 beschleunigt durchzuführen und hierfür den Betrag von 3 Millionen voranzubewilligen. Nach dem Bauprogramm 1929/30 sind noch rückständig 130 Wohnungen in Wangen zu je 9400 M., zusammen 1,3 Mill. Mark (wovon 50 000 M. Baudarlehen von der Wohnungskreditanstalt, 650 000 M. sind noch aus Anleihen zu beschaffen); ferner 200 Wohnunnen für Obdachlose und Mieter

Sein Genius

Eine Künstlergeschichte von Claus Bedren.

Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Bitte, bleiben Sie so sitzen“, sagte er hastig. Rasch legte er den Pinsel aus der Hand, rückte einen Stuhl ihr gegenüber, nahm ein in der Nähe liegendes Skizzenbuch zur Hand und begann, ohne ihre Zustimmung abzuwarten, mit flüchtigen, sicheren Strichen ihr Porträt zu entwerfen. — Halb erstaunt, halb amüsiert läßt sie ihn gewähren.

„Darf ich sprechen?“ sagt sie nach einer Weile.

„Ja, aber ruhig sitzen, gnädige Frau.“

„Mein rechter Fuß ist bereits eingeschlafen.“ „Gaha, wenn meine Tante uns beide hier sähe! Ihr Gesicht müßte zum Lollachen sein.“

„Warum?“

„Nun, weil sie es in hohem Grade unpassend finden würde, daß ich so sans facon hier einige Zeit mit Ihnen allein zubringe. — Tante Lapenburg ist eine lebende Kreisaufgabe für Etikette; ich kann sie eigentlich nicht ausstehen und liege fortwährend in Fehde mit ihr. Neulich war sie außer sich, daß ich den kleinen Jungen des Kutshers, übrigens ein reizender Bengel, auf den Arm nahm und ihm einen Kuß gab. Nun bitte ich einen Menschen! Der unschuldige Wurm, der vor Vergnügen freistrich und mit den Händchen nach meiner Halskette strampelte! Ich fragte sie, ob nach ihrer Ansicht so ein Kuß auf Minderlippen berauschend sei. Sie zuckte nur die Achseln — sie hat nebenbei unangenehm edige Schultern — und wandte mir den Rücken.“

„Und doch halte ich Ihre Frau Tante für eine nicht unbedeutende Frau. Bitte, seht einen Moment ruhig, nur den letzten Charakterstrich um die Mundwinkel. So, fer-

lig!“ — Gasso lehnt sich zurück und betrachtet prüfend die „eine Skizze. Edda ist aufgesprungen und steht jetzt neben ihm, aufmerksam ihr wohlgelungenes Porträt betrachtend: sie hat sich etwas vorgebeugt, und er fühlt die leise Berührung ihrer krausen, kapriziösen Haare an den Wangen; ein feiner Duft von eau de mille fleurs umweht ihn.

„Danach sehe ich ja noch ganz passabel aus —“, sagte die Marquise lachend und wendet ihm ihr Antlitz zu. Gasso blickt auf Handbreite in ihr reizendes Gesichtchen mit dem eigentümlichen Grübchen mitten auf dem runden Kinn und denkt dabei unwillkürlich an Marzipan. — Die beiden Menschen blicken einander eine Weile in die Augen, es geht wie ein Bündel und Anziehen von Blut zu Blut.

„Schenken Sie mir das Bild!“

Sie richtet sich, tief Atem holend, in die Höhe. Langsam löst er das Blatt ab und schreibt in die Ecke ein großes K. und das Datum. „Was erhalte ich zum Dank?“ Gasso steht mit übermütigem Ausdruck zu ihr auf. Sie errötet und nestelt eine schon etwas welcke Rose zwischen den Knöpfen ihrer Taille los.

„Ein vergänglichlicher Dank für eine bleibende Gabel! Es paßt zum Charakter der Frau, mit einer Blume, die morgen welkt und dahin ist, eine Günst erweisen zu wollen.“

Sie blickt ihn eine Weile mit eigentümlich sinnendem Ausdruck an. „Flumen kompromittieren nicht!“ meint sie dann und nimmt ihm die Skizze aus der Hand. „Doch für heute Adieu! Auf Wiedersehen morgen, wo Sie, wie ich höre, zu Tisch geladen sind! Ich vernehme Wagengerassel und werde mich mißtränesfrei melden!“

Wie ein Wiesel schlüpft sie zur Tür hinaus.

Gasso bemerkt am Abend zu seinem eigenen Erstaunen, daß er den Rest des Tages nur an die Marquise gedacht und sich sogar in Gedanken ausgemalt hat, wie schön es

sein müsse, jenen kleinen Mund mit den schwellenden Lippen zu küssen.

Er schläft schlecht; wahrscheinlich, weil es heiß ist. — Ohlendorfs sind da — und zwar in Begleitung ihres einzigen, bereits dreißig Jahre zählenden Sprößlings, der von seiner Mutter noch immer „mein Liebling“ und von seinem Vater „mein süßes Jung“ genannt wird, obgleich er sechs Fuß hoch ist und zwei Hände hat, vor denen man sich fürchten könnte. Er ist nicht hübsch, nicht lächlich, nicht geistreich, nicht dumm — mit einem Wort ein Mensch wie eine Elst, die, von allen Seiten betrachtet, sich stets reich kleibt. Die Tochter des Hauses Lapenburg behauptet er wie eine Wachsfigur, die in zu großer Wärme schmilzt und in zu großer Kälte Risse bekommt, während er die Marquise vorläufig wie ein Ding zu betrachten scheint, dem nicht recht zu frauen ist, worüber sich dieselbe höchlich amüsiert, obgleich Gasso sich nicht verheißt, daß Herr von Ohlendorf immerhin, bewußt oder unbewußt, Menschenkenntnis besitzt.

Fortsetzung folgt.



der Stadtkolonie zu je 6000 M., zusammen 1,32 Mill. M. (davon 800 000 M. Baudarlehen der Wohnungskreditanstalt und 520 000 M. städtische Darlehen). Dazu kommen allgemeine Kosten in Höhe von 300 000 M. Ferner sollen Zuzugdarlehen der Wohnungskreditanstalt (bis zu 5000 M. für eine Wohnung) und städtische Zuzugdarlehen (bis zu 3000 M. für eine Wohnung) zur Schaffung von 200 Wohneinheiten durch Baugenossenschaften und 150 Wohnungen durch Bauunternehmer und Private gewährt werden, und zwar in der Höhe von 1 750 000 M. bzw. 1 050 000 M. Die Gesamtsumme der Wohnungsbauvorlage beträgt somit 6 820 000 M. für die geplanten 680 Wohnungen. Der Gemeinderat nahm mit allen Stimmen gegen die Bürgerpartei die Wohnungsbauvorlage an.

ep. Reichstertag 1930. Der diesjährige Evang. Reichstertag findet wieder in der Osterwoche (24.—27. April) in Bielefeld statt. Das Thema des Hauptvortrags lautet: „Familie und Volk“. Damit wird eine Frage in den Blickpunkt der Elternführer und der großen schulpolitischen pädagogischen Öffentlichkeit gerückt, über deren Bedeutung für die Volksgemeinschaft sich jedes weitere Wort erübrigt.

Zinnausstellung Württ. Kunsthandwerk. Das schöne Metall, das erst vor wenigen Jahren neu erkannt wurde und in Württemberg eine reiche, umfangreiche Verarbeitung erfährt, ist einer neuen modernen Formgestaltung äußerst zugänglich. Die in der Ausstellung vertretenen sechs Werkstätten, von denen drei Zinn gießen, und drei Zinn hämmern, zeigen neuere Proben ihrer Tätigkeit, die eine besondere Beachtung beanspruchen. Neben dem Werkhaus Metz verdienen besonders die beiden rührigen Stuttgarter Werkstätten W. Schmidt und Kurz u. Co., sowie die Wertgemeinschaft Raitzle, Urach, besondere Erwähnung.

Ein neues Warenhaus. Der Michaeli-Konzern, Söhne Berlin, hat in Stuttgart in der Nähe des Wilhelmplatzes ein Haus erworben, um ein Warenhaus zu errichten. In nicht allzuferner Zeit dürfte also in Stuttgart ein weiteres Warenhaus entstehen.

Aus dem Lande

Heilbronn, 18. Febr. Hochzeitsreise ins Gefängnis. Ein auf der Hochzeitsreise befindliches Pärchen hatte in einem Hotel in Heilbronn zwei Uhren mitgenommen. Inzwischen war man nach Weinheim a. d. B. gelangt, um sich die schöne Bergstraße anzusehen. Die Polizei erkannte nach einem Fahndungsschreiben die jungen Leute und nahm sie fest.

Gmünd, 18. Febr. Neue Kraftpostlinie. Gestern wurde die 8. Autoverbindung, die Gmünd mit seiner Umgebung verbindet, eröffnet: die Kraftpostlinie Gmünd—Muttlangen—Pfersbach—Abelstetten—Altdorf. 5 Reichspostlinien und 3 Privatlinien vermitteln nun den Verkehr nach und von den Nachbarorten und Nachbarbezirken. In Bälde soll noch eine 9. Linie dazukommen: die Privatlinie nach Wehgau, Grob- und Kleinleinbach.

Gmünd, 18. Febr. Tagung der Strafanstaltsaufsichtsbeamten. Der Verband der Aufsichtsbeamten und -beamtinnen an den Strafanstalten und Amtsgerichtsgefängnissen Württembergs hatte am letzten Sonntag seine Mitglieder zur zwölften ordentlichen Verbandsversammlung nach Gmünd berufen. Die Tagung stand unter der Leitung des ersten Vorsitzenden, Gackfetter-Hall. Die bisherige Vorstandschäft wurde wieder gewählt. Ulmer-Hall sprach über den Strafvollzug.

Reichenbach, 18. Febr. Kirchenbau. In einer Versammlung unter Vorsitz von Pfarrer Hutter wurde der Bau einer neuen katholischen Kirche aus Holz und Stein fast einstimmig beschlossen. Der Kostenvoranschlag beläuft sich auf 80—90 000 Mark.

Hohenheim, 18. Febr. Lehrberechtigung. Dem Abteilungsleiter Dr. Wilhelm Lang in der Landesanstalt für Pflanzenschutz in Hohenheim ist die Lehrberechtigung für angewandte Botanik an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim erteilt worden.

Tübingen, 18. Febr. Ehrevoller Auftrag. In die Internationale Himalaya-Expedition für 1930, die dieser Tage unter Führung von Prof. Dr. Währenfurth-Zürich abgeht, ist als Expeditionsarzt und Berichterstatter für die deutsche Presse Stabsarzt Dr. Richter vom hiesigen 2. Bataillon des Inf.-Regts. Nr. 14 berufen worden.

Oberndorf a. N., 18. Febr. Ungefahren. Am Sonntag vormittag wurde in der Aistalger Straße ein hier bedienstetes Mädchen aus Behreiter, das sich auf dem Kirchgang befand, von einem Lieferwagen, der infolge der Strahlenglätte ins Gleiten kam, angefahren und zu Boden geschleudert. Das Mädchen war für kurze Zeit bewusstlos und mußte mit einer stark blutenden Wunde am Hinterkopf ins städt. Krankenhaus eingeliefert werden.

Obertal, 18. Febr. Freudenstadt, 18. Februar. Brand. Heute nacht 2 Uhr brach in dem weitbekannten Gasthof zum Adler in Obertal (Besitzer Fr. Räumann, Pächter: Karl Weber) Feuer aus, dem der große Anbau, in dem die Postkassette sich befindet, zum Opfer fiel. Das Wirtschaftsgebäude konnte noch gerettet werden. Der Schaden beläuft sich auf 30—40 000 Mark.

Geislingen, 18. Febr. Tödlicher Sturz von der Treppe. Gestern vormittag stürzte der 74 J. a. Rentner Bergemer beim Kohlenholen die Treppe hinunter und erlitt einen tödlichen Schädelbruch.

Reichenbach l. Tälle, 18. Febr. Geislingen, 18. Febr. Zum Bürgermeister gewählt. Der Sohn eines Arbeiters hier, Dr. Robert Schier, wurde in St. Ingbert (bair. Rheinpfalz) mit 25 000 Einwohnern unter 35 Bewerbern zum 1. Bürgermeister gewählt.

Ulm, 18. Februar. Nachspiel zum Erbacher Prozeß. Gestern vormittag begann vor dem Großen Schöffengericht die Verhandlung gegen die Angeklagten Aug. Jakob, Kaufmann in Ulm, und Karl Ringwald, Oberkretär in Ulm, wegen Unterschlagung, zusammenstreichend mit Untreue, einfachen Bankrotts und Vergehen gegen § 82 Ziff. 1 und gegen § 84 Abs. 1 des Gmbh.-Gesetzes. Die Angeklagten sind beschuldigt, entgegen ihren Versicherungen, die Stammeinlagen von 2500 M. für die Groß-Parfümerie „Nesa“ nicht voll einbezahlt, nach Eröffnung des Konkurses über die „Nesa“ keine ordnungsmäßige Bilanz gemacht, die Bücher nicht ordnungsgemäß geführt, den wahren Vermögenszustand verschleierte, den Antrag auf Konkursöffnung nicht gestellt und sich rechtswidrig Vermögensanteile verschafft zu haben. Geladen sind drei Zeugen und als Sachverständiger Direktor Schäferdt. — In der Nachmittagsverhandlung wurde auch der frühere Schulbeiß Dehner vernommen, der manche Anaben der

Angeklagten bestritt. Das Urteil lautete für Ringwald auf insgesamt 400 M. Geldstrafe, für Jakob auf insgesamt 300 Mark Geldstrafe. Von der schwersten Anklage der Untreue wurden beide Angeklagten freigesprochen.

Ochsenhausen, 18. Februar. Den Verlegungen erlegen. Die 29jährige Zigeunerin Katharina Georgis von Bauersbach im Oberamt Dehringen trug bei einem Unfall, der in Haslach durch das Umwerfen ihres Wohnwagens entstand, so schwere Verletzungen davon, daß sie im hiesigen Krankenhaus starb.

Eberhardszell, 18. Febr. Guter Fang. Der öfters vorbestrafte berüchtigte Einbrecherilian Schwarz von Tristolz konnte vom hiesigen Landjägerbeamten mit Unterstützung einiger Bürger, kurz nachdem er in der hiesigen Kaserne mit Nachschlüssel eingedrungen war und eine Kanne voll Rahm sich angeeignet hatte, festgenommen und ans Amtsgericht Waldsee verbracht werden.

Vom Oberland, 18. Febr. Arbeiterüberschuß. Ein junger Schriftfeger, der auf ein pfälzisches Seegergeuch ein Offert einlieferte, wurde von jenem Arbeitgeber im Antwortschreiben als 240. Bewerber bezeichnet und abgelehnt.

Ravensburg, 18. Febr. Meineid. — Versuchter Totschlag. Das Schwurgericht hat das 39 J. a. ledige Dienstmädchen Therese Kottmar von Ulmenwindele in Ravensburg wegen Meineids zu der Zuchthausstrafe von 1 Jahr 1 Monat und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Die 29 Jahre alte Arbeiterin Emma Schmidl in Ravensburg wurde von der Anklage der Verleitung zum Meineid freigesprochen. Weiter wurde der Hilfsarbeiter Gebhard Fehr von Unterbach, Waldsee wegen versuchten Totschlags an seinem Schwiegervater zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Von der bayerischen Grenze, 18. Febr. Brand. In Wagenhofen brannte die Scheuer des Landwirts Josef Großhauser mit allen Borräten, Maschinen usw. nieder. Man vermutet Brandstiftung, der Schaden beträgt 20 000 Mark.

Vom bayerischen Allgäu, 18. Febr. Tot aufgefunden. — Urteil. Unterhalb der Krähenwand bei Hindelang wurde von einem Unteroffizier der Reichswehr ein Wanderbursche tot aufgefunden. Es handelt sich um einen 23 Jahre alten Tischen, der von der Wand abgestürzt war. — Das Amtsgericht Füssen verurteilte den Kraftwagenführer Peter Hotter von Seeg wegen fahrlässiger Tötung zu 2 Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist. Hotter hatte im September eine Anzahl Personen von Seeg nach Lengenwang befördert, wobei das Auto in den Straßengraben geriet und der Landwirt Graf aus Bichels, Vater von 12 Kindern, getötet wurde.

Lindau, 18. Febr. Vor einem Jahr. In diesen Tagen jährte sich das schreckliche Eisunglück des kalten letzten Winters zum ersten Mal, bei dem von sieben Menschen, die auf einer Eisscholle über Nacht abgetrieben wurden, drei erfroren sind. Heuer hat der Winter wesentlich mildere Formen angenommen, so daß es nicht einmal zu einem vollen Genuß der Eisfläche des kleinen Sees kam, der allerdings auch durch die starke Verchlammung sehr beeinträchtigt ist. Trotzdem wurden in den letzten Tagen Temperaturen bis zu 12 Grad unter Null gemessen. Der Winter-sportverkehr leidet unter dem großen Schneemangel.

Hechingen, 18. Februar. Ein Auto vom Juger-saß. Am Montagabend wurde beim Bahnübergang Hechingen—Boll am Fuß des Hohenallern ein von drei Personen besetztes Personenauto von einem aus Sigmaringen kommenden Personenzug erfasst und fast ganz zertrümmert. Der Autolenker war sofort tot, die zwei anderen Insassen erlitten sehr schwere Verletzungen.

Der Getötete heißt Rudolf Wagenitz. Für die Verletzten Gärtnere W. Wolf von Stetten bei Hechingen und Fr. Wilmann von Hechingen besteht keine Lebensgefahr.

Göppingen, 18. Februar. Ein Metallarbeiterheim. Der hiesige Metallarbeiterverband hat dieser Tage das Gasthaus zur „Schillerhalle“ zum Preise von 50 000 M. erworben, um seinen Mitgliedern ein eigenes Verbandsheim zu schaffen. Die Gaststätten im Erdgeschoß sollen weiter betrieben werden, während man im oberen Stockwerk die Büroräume einzurichten gedenkt. Die bisherigen Verwaltungsräume des Metallarbeiterverbands dienen künftig dem Textilarbeiterverband, dem ADGB, und dem Bauarbeiterverband als Büro.

Horb, 18. Februar. Vollversammlung der Handwerkskammer Reutlingen. Die 52. Vollversammlung der Handwerkskammer Reutlingen fand unter dem Vorsitz des Flaschnerobermeisters Abg. Henne, Tübingen, am Donnerstag auf dem Rathaus in Horb statt. Der Geschäftsführer, Syndikus Eberhardt, erstattete den Tätigkeitsbericht. Anschließend daran wurde die Aufstellung einer neuen Kammerstatute beschlossen. Sodann wurde zur Finanz- und Wirtschaftspolitik kurz Stellung genommen. Die Versammlung stimmte der Abänderung der Beirats-höchstzahlbestimmungen zu.

Glatt in Hohenz., 18. Febr. Schwere Motorrad-unfall. Auf der Straße von hier nach Reutlingen, unmittelbar am Drisausgang, fuhr ein Motorradfahrer aus Dettingen auf zwei Bäume auf, so daß er von seinem Motorrad heruntergeschleudert wurde und mit bedenklichen Verletzungen zum Arzt nach Sulz übergeführt werden mußte. Durch den Unfall kam auch ein Radfahrer, der sein Fahrrad auf der Straße neben sich herführte, zu Schaden, so daß er sich auch in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Ueberlingen, 18. Februar. Aufgeklärter Mord. Am 18. Januar war in den frühen Morgenstunden die 19 J. a. Sophie Friedrichs am Geländer einer Brücke im Burgberger Wäldchen im Wasser kniend leblos aufgefunden worden. Das Mädchen starb eine Woche später im Krankenhaus an Vergiftungserscheinungen. Die Polizei hatte sofort nach der Tat den Liebhaber der Friedrichs, einen gewissen Ernst Schiele, unter Mordverdacht verhaftet. Nunmehr ist einwandfrei festgestellt worden, daß die bei dem Verhafteten vorgefundene Ampulle Fuchsigift enthielt, das Schiele dem Mädchen zu trinken gegeben hatte.

Brand. Nachts entstand in dem Wohn- und Konsum-geschäfte des Landwirts Sebastian Willibaum in Buggenfelden bei Ueberlingen Feuer. Innerhalb kurzer Zeit stand das Anwesen in hellen Flammen. Die Bewohner konnten nur das nackte Leben retten. Das Vieh konnte in Sicherheit gebracht werden. Die toten Fährnisse wurden ein Raub der Flammen.

Württemberg. Landes-theater. „B. G. (Kriegsgefangen)“, 11 Szenen von dem Stuttgarter Paul Wanner, bringen zum ersten Mal die Welt eines Kriegsgefangenenlagers auf die deutsche Bühne und bilden so eine notwendige Ergänzung der dramatischen

Kriegsliteratur. Das Schauspiel erscheint in der Inszenierung von Friedrich Brandenburg am Samstag, 22. Februar, als alleinnige Uraufführung im Kleinen Haus der Württ. Landes-theater. In dem Stück ist Milla Kopp und das gesamte Herrenpersonal des Schauspielers beschäftigt.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Ein Weimarer Gymnasialdirektor ist als Dienstsitz ent-hoben. Der thüringische Kultminister Dr. Frick hat den Gymnasialdirektor Dr. Siefert in Weimar seines Dien-sitzes entbunden, weil er sich weigerte, sein Verbot der vater-ländischen Schülervereinigungen „Adler und Falke“ zurück-zuziehen.

Todesfall. Nach kurzer Krankheit ist Dr. Bruno Dü-rigen, Professor für Geflügelzucht an der Landwirtschaft-lichen Hochschule in Berlin, gestorben. Dürigen war ein hervorragender Zoologe und er hat sich in seiner 24-jährigen Lehrtätigkeit besonders um die deutsche Geflügelzucht ver-dient gemacht.

Deutsche Schrift in der Marine. Der Chef der Marine-leitung hat schon bei den neuen Kreuzern „Admiral“ und „Karlshöhe“ auf den Rümpfen und auf dem Namens-schild am Schiffsrumpf deutsche Schrift anordnet. In der alten Marine und auch bis jetzt in der neuen konnte man nur die lateinische Schrift. Die deutsche Schrift auf den Rümpfen soll jetzt bei allen Schiffen der Marine ein-geführt werden.

Kein Fährsturz in München. Der Münchner Stadt-rat hatte kürzlich für den herkömmlichen Fährsturz am Rosenmontag einen Haftbetrag von 5000 Mark bewilligt unter der Bedingung, daß weitere 10 000 Mark von priva-ten Kreisen aufgebracht werden. Diese Voraussetzung hat sich überraschenderweise nicht erfüllt. Von Privaten waren bereits 4500 Mark gesammelt; den Rest sollten insbeson-dere Gasthofbesitzer, Brauereien und Banken liefern, was sie aber nicht taten, so daß der Umzug nicht zustandekommt.

Ein Blatt eingegangen. Der „Märkische Sprecher“, ein seit über 100 Jahren in Potsdam herausgegebenes liberales Blatt, hat am 15. Februar sein Erscheinen eingestellt.

Ein Vergnügungsdampfer mit Glasboden gesunken. Bei Miami in Florida, der amerikanischen Millionärserholungs-stadt, stieß ein Vergnügungsdampfer auf einen Felsen und sank sofort. Die Fahrgäste konnten gerettet werden. Das Schiff hatte einen Boden von Glas, das beim Aufstoßen natürlich sofort in Trümmer ging. — Vergnügungsdampfer mit Glasboden, damit man als Neubeit den Meeresboden besichtigen könne, das scheint das neueste Reizmittel für die überfüllten Neuyorker Millionäre zu sein.

Gegen den langen Rod. Die drohende Gefahr des langen Rods, die von Paris aus auch Amerika zu verheeren droht, hat jetzt die amerikanischen Filmschauspielerinnen auf den Plan gerufen. Unter den Stars von Hollywood hat sich ein Frauenklub gegründet, der sich die Bekämpfung des langen Frauenrods zur Aufgabe gesetzt hat.

Die Leiche des Geheimrats Becker gefunden. Der Ge-heime Hofrat und Konsul Georg Becker aus Berlin-Frieden-au, der seit längerer Zeit vermisst wurde, ist am Samstag in der Nähe des Wannsees als Leiche aus der Havel geborgen worden.

Explosion einer geheimen Schnapsbrennerei. In Reading (Pennsylvanien) explodierte in einem dreistöckigen Haus eine geheime Schnapsbrennerei mit solcher Gewalt, daß das Gebäude, das einen halben Häuserblock einnimmt, völlig zerstört wurde. Zwei Personen sind getötet und sieben ver-letzt worden.

Amerikanisches Katapultflugzeug verunglückt. Ein von Bord des amerikanischen Flaggschiffs „Neosada“ mittels eines Katapults abgeschossenes Flugzeug ist explodiert. Der Führer des Flugzeugs, ein Marineleutnant, fand den Tod. Es ist dies der erste Unfall dieser Art. Bei den von der amerikanischen Marine verwendeten Katapulten werden die Flugzeuge mit Hilfe einer Pulverladung abgeschossen.

Schwerer Autounfall. Am Sonntag nachmittag verunglückte auf der Straße Jungingen—Ulm an der Kreuzung nach Lehr der Personenzug der Firma Gruber, Bildfabrik Bernstadt. Der Geschäftsführer, der den Wagen steuerte, wurde bewusstlos ins Krankenhaus nach Ulm ver-bracht. An der gleichen Stelle verunglückte vor etwa zwei Jahren der Besitzer der Bildfabrik tödlich.

Ein Bräutigam von 108 Jahren. Wie die Belgrader „Pravda“ meldet, ist der 108jährige Schlichter Ibrahim Gofjan in der Gemeinde Dajkovic eine neue Ehe einge-gangen. Seine Frau ist 30 Jahre alt. Gofjan ist trotz seines hohen Alters kerngesund. Aus seiner ersten Ehe, die er vor 82 Jahren schloß, hatte er 10 Kinder.

Schweres Fährunglück auf der Donau. Auf der Donau bei Calarasi (Rumänien) sank eine überlastete Fähr. Elf Fahrgäste, meist Bauern aus der Umgebung, ertranken.

Eisenbahnunglück in Schottland. In der Nähe von Glas-gow fuhr ein Eisenbahnzug im Reibol von hinten auf einen andern auf. Mehrere Wagen wurden zertrümmert. 51 Per-sonen, meist Marktfrauen, wurden verletzt, davon 6 sehr schwer.

Großfeuer in den Flugzeugwerken von Meudon. Am Montagabend brach in den französischen Flugzeugwerken von Meudon (Seine-et-Oise) ein Brand aus, der die ganze Fabrik mit all ihren Werkstätten in Asche legte. Mehrere in der Nähe liegende Wohnhäuser sind durch den Brand ge-schädigt worden.



Büdo tritt erklärt: Sparen heißt die Parole! Schlechte Creme schadet den Schuhen. Spare - nimm Büdo, denn Büdo pflegt das Leder und ist sehr ausgiebig. Sie sparen mit Büdo also doppelt. Probieren Sie selbst! Aber verlangen Sie ausdrücklich

Büdo



Lokales.

Wildbad, den 19. Februar 1930.

Wintersportverein Wildbad. Beim Jugendschitag in Baiersbrunn errang Adolf Blumenthal den 8. Preis unter 180, Willi Waidelich den 8. Preis unter 120 Teilnehmern. Wir gratulieren den Jungmannen zu diesem schönen Erfolg.

Lernt Sprachen! Nirgends ist diese Mahnung angebrachter, als in Kur- und Badeorten. Mit der Vervollkommnung der Verkehrsmittel (Auto, Flugzeuge usw.) rücken sich die Völker näher und der Besuch der deutschen Bäder ist erst im Anfangsstadium begriffen. Welchen Umfang er in der Zukunft annehmen wird, ist nicht abzuschätzen. Das kann aber gesagt werden, daß die Bäder, welche sich rechtzeitig auf die Bedürfnisse der Ausländer einstellen, im Wettbewerb um den Ausländerbesuch in vorderster Reihe stehen werden. Dazu gehören vor allem Sprachkenntnisse und in erster Linie Kenntnis der englischen Sprache die immer mehr Weltsprache zu werden verspricht. — Während es früher jungen Kaufleuten, Hotelangestellten usw. leicht war, durch einen Aufenthalt in England sich in der englischen Sprache zu vervollkommen, gelingt dies heute nur noch wenigen. Es bleibt also nichts anderes übrig, als sich die erforderlichen Sprachkenntnisse zu Hause anzueignen. Hierzu bietet sich jetzt hier durch den Sprachkurs der Berlitz-School Gelegenheit. Jedermann, der mit Kurgästen zu tun hat, sollte diese Gelegenheit wahrnehmen; ferner alle diejenigen, welche daran denken, später einmal nach England oder Amerika zu reisen. Der Unterricht wird nach dem bewährten Berlitz-System durch Engländer erteilt. Anmeldungen können im Meldeamt (Rathaus) gemacht werden.

Sind Sie nervenleidend? Sind Sie krank? Ueber dieses Thema, speziell über die Heilkraft des galvanischen Schwachstroms im Wohlmut-Apparat bei den verschiedensten Nervenleiden und Stoffwechselerkrankungen, sprach gestern abend 8 Uhr in der alten Linde der Physiker Herr Oskar Trappenberg aus Karlsruhe. In jahrelanger Arbeit haben ärztliche Autoritäten, wie Prof. Erb, Remak, wie Prof. Toby Cohn, Schakht, Prof. Dr. Korwaschik usw. den Heilwert der elektro-galvanischen Behandlung im Wohlmut-Apparat erprobt und bewiesen. Die elektro-galvanischen Ströme, die dem Körper in zarter Form zugeführt werden, sind ein altes Mittel, das sich aber immer aufs neue bewährt und dem schon Millionen Heilung und Stärkung verdanken. Es ist eine erwiesene Tatsache, daß diese Ströme vor allem eine Stärkung des Nervensystems herbeiführen, die auf alle übrigen Organe im besten Sinne zurückwirkt, so bilden sie einen nicht zu unterschätzenden Heilfaktor, nicht um etwa organische Veränderungen des Körpers, die schwere Krankheiten erzeugen, fortzuzubehalten, sondern vielmehr, um jene Störungen zu beseitigen, welche durch Schwäche, Nachlassen der Spannkraft sich in seelischem Druck und körperlichem Unbehagen und Uebelbefinden äußern. Der galvanische Strom, im Wohlmut-Apparat richtig angewendet, hemmt besser als

irgendein anderes Mittel die Weiterentwicklung solcher Zustände. Er arbeitet aber auch positiv, indem er die Lebensenergie und den gebundenen Säfte, die in jedem Menschen schlummern, freie Bahn schafft und ihn damit befähigt, wieder nützbringende Arbeit zu leisten zum Wohle von Familie, Gemeinde und Staat. Die Anwendung dieses nicht genug zu empfehlenden Naturheilmittels ist höchst einfach, da unsere heutige Technik jedermann in die Lage versetzt, ohne erheblichen Zeitverlust den elektro-galvanischen Schwachstrom im Wohlmut-Apparat im eigenen Hause auf sich wirken zu lassen. Auf die Vorführung in der alten Linde von 10—12 und 2—6 sei auch an dieser Stelle nochmals hingewiesen. Die Ausführungen des Redners fanden allgemeine Anerkennung und Interesse.

Handel und Verkehr

Reichsbankausweis vom 15. Februar

Erhebliche Entlastung der Reichsbank

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. Februar hat sich die gesamte Kapitalanlage der Bank in der zweiten Februarwoche in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 216,7 auf 1891,3 Mill. RM. verringert. Der Umlauf an Reichsbanknoten hat um 314,6 auf 4166,4 Mill. RM., derjenige an Rentenbankfaktoren um 15,4 auf 336,5 Millionen RM. abgenommen. Die fremden Gelder zeigen mit 502,2 Mill. RM. eine Zunahme um 51,2 Mill. RM., die Goldbestände haben um 251 auf 2351,0 Mill. RM., die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 7,7 auf 401,6 Mill. RM. zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein besserte sich von 53,1 Prozent in der Vorwoche auf 56,4 Prozent, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 62,1 auf 66,1 Prozent.

Berliner Dollarkurs, 18. Februar. 4,1875 G., 4,1955 B.

Dr. Wbl. Wnl. 52

Dr. Wbl. Wnl. ohne Ausl. 7,75.

Berliner Geldmarkt, 18. Februar. Tagesgeld 5—7 v. H., Monatsgeld 7—8,5 v. H., Warenwechsel 5,875—6 v. H.

Privatdiskont: 5,375 v. H. kurz und lang.

Abschluss der deutsch-polnischen Roggenverhandlungen. Die Verhandlungen über die gemeinsame Roggenausfuhr aus Deutschland und Polen haben am 16. Februar zu einem Abschluss geführt.

Moskaus Kampf gegen die Drufag. In ihrem Bestreben, die Konzessionen in Sowjetrußland zu unterdrücken, geht die Moskauer Regierung nach dem B. Z. auch besonders scharf gegen die deutsche Konzession Drufag vor, deren Aktien sich größtenteils im Besitz des Deutschen Reichs befinden. Vom Finanzamt Wankowka seien die Kraftwagen und Schreibmaschinen gepfändet worden. Die am 1. März fällige Pachtabgabe werde schon jetzt rückständig eingetrieben. Die Sowjetgewerkschaften haben den deutschen Angestellten eine dreiprozentige Lohnabgabe auferlegt, obgleich sie nicht Mitglieder der Gewerkschaft seien. Es werde alles getan, um der Drufag den Absatz ihrer Erzeugnisse unmöglich zu machen. Dadurch soll die Drufag in Verzug der Pachtzahlung und der Löhne gebracht werden, damit die Sowjetbehörden die ganze Konzession beschlagnahmen können. Durch tüchtige Leitung und fleißige Arbeit sei die Drufag zu einem Musterbetrieb geworden, der schon in den wenigen Jahren mit seiner Saatgut- und Tierzucht (12 000 Stück befruchtetes Vieh) das Rückgrat der nordkaukasischen Sowjetgewerkschaft geworden sei. Das habe die Begehrlichkeit der Sowjetbehörden gereizt, die sich des Musterbetriebs vollständig bemächtigen wollen.

Berliner Getreidepreise, 18. Februar. Weizen m.ä. 23.10 bis 23.40, Roggen 15.90—16.30, Braugerste 16—17, Futter- und Industrieernte 14—15, Hafer 12.40—13.40, Weizenmehl 27.50 bis 34.75, Roggenmehl 20.75—24.75, Weizenkleie 8—8.50, Roggenkleie 7.25—7.75.

Markte

Stuttgarter Schlachthofmarkt vom 18. Februar. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 47 Ochsen, 25 Bullen, 382 Jungbullen, 300 Junggrinder, 292 Kühe, 1128 Kälber, 2503 Schweine, 2 Schafe, davon blieben un verkauft: 42 Jungbullen, 30 Junggrinder, 350 Schweine. Verkauf des Marktes: Großvieh mäßig belebt, Ueberstand, Kälber mäßig belebt, Schweine langsam, Ueberstand.

| Ochsen: | | 18 2 | | 13 2 | | Kühe: | | 18 2 | | 13 2 | |
|-----------------|-------|-------|---|------|---|------------------------------------|-------|-------|---|------|---|
| ausgemästet | 50—52 | — | — | — | — | fleischig | 24—26 | — | — | — | — |
| schlächterfähig | 45—48 | — | — | — | — | gering genährt | 18—22 | — | — | — | — |
| Bullen: | | 18 2 | | 13 2 | | Kälber: | | 18 2 | | 13 2 | |
| ausgemästet | 49—52 | 40—51 | — | — | — | feinste Mast- und beste Saughälber | 76—80 | 70—82 | — | — | — |
| schlächterfähig | 45—48 | 45—48 | — | — | — | mittl. Mast- und gute Saughälber | 68—74 | 72—77 | — | — | — |
| Junggrinder: | | 18 2 | | 13 2 | | Schweine: | | 18 2 | | 13 2 | |
| ausgemästet | 63—65 | 53—56 | — | — | — | über 90 Pfd. | 77—79 | 82—84 | — | — | — |
| schlächterfähig | 47—51 | 48—51 | — | — | — | 240—300 Pfd. | 77—79 | 83—84 | — | — | — |
| gering genährt | 44—46 | 44—46 | — | — | — | 200—240 Pfd. | 77—79 | 83—84 | — | — | — |
| Kühe: | | 18 2 | | 13 2 | | 100—200 Pfd. | | 18 2 | | 13 2 | |
| ausgemästet | 41—46 | — | — | — | — | 75—77 | 81—83 | — | — | — | — |
| schlächterfähig | 38—38 | — | — | — | — | 120—190 Pfd. | 74—75 | 78—80 | — | — | — |
| Bullen: | | 18 2 | | 13 2 | | unter 120 Pfd. | | 18 2 | | 13 2 | |
| ausgemästet | 41—46 | — | — | — | — | 74—75 | 78—80 | — | — | — | — |
| schlächterfähig | 38—38 | — | — | — | — | 60—70 | 61—71 | — | — | — | — |

Ulm, 18. Febr. Schlachthofmarkt. Zutrieb: 6 Ochsen, 6 Färrn, 18 Kühe, 15 Rinder, 145 Kälber, 195 Schweine. Preise: Ochsen 1. 48—52, Färrn 1. 46—48, 2. 42—44, Kühe 2. 28—32, 3. 16 bis 25, Rinder 1. 50—52, 2. 44—48, Kälber 1. 68—72, 2. 64—66, Schweine 1. 72—76, 2. 68—70 A.

Pforzheim, 18. Februar. Schlachthofmarkt. Zutrieb: 6 Ochsen, 17 Kühe, 32 Rinder, 18 Färrn, 12 Kälber, 416 Schweine. Preise: Ochsen 1. 52—54, 2. 48—52, Färrn 1. 52, 2. und 3. 50 bis 47, Kühe 2. und 3. 40—25, Rinder 53—55, 2. 50—52, Kälber 2. 75—78, 3. 70—74, Schweine 2. und 3. 80—82, 4. 79—81 A.

Viehpreise. Weiderradt: Ochsen 710—890, Stiere 420—685, Kühe 340—620, Kalbweib 520—600, Einsteilvieh 180—410 Mark. — **Gaildorf:** Ochsen und Stiere 270—715, Kühe 240—595, Rinder und Jungvieh 162—490. — **Ravensburg:** Anstellrinder und Anstellstiere 200—300, Kalbweib 380—600. — **Rottenburg:** Kühe 250—450, Kalbinnen 450—650, Junggrinder 160—450 Mt.

Schweinepreise. Weiderradt: Milchschweine 35—59, Käufer 63—95. — **Ulm:** Milchschweine 45—57. — **Riedlingen:** Milchschweine 42—60, Käufer 65, Mutterchweine 285—340. — **Rottenburg:** Milchschweine 45—60. — **Tullingen:** Milchschweine 35 bis 55 Mt.

Fruchtpreise. Ulm: Weizen 12.70, Roggen 8.90—9.40, Gerste 9.40—9.50, Hafer 7.50—7.80. — **Heidenheim:** Kernen 13.30 bis 13.60, Weizen 12.40—12.60, Roggen 8.50—8.70, Hafer 7—7.30. — **Mengen:** Hafer 8.20. — **Riedlingen:** Saatroggen 12, Braugerste 8.30—8.60, Hafer 8. — **Tullingen:** Weizen 13—14, Gerste 9.50—10, Roggen 11, Hafer 9 Mt.

Dehringen, 18. Februar. Pferdemarkt. Zufuhr 76 Pferde. Für Pferde schwerer Schlages wurde bis 1500 Mt., mittleren Schlages 1000—1200, für leichtere 700—800 Mt. bezahlt. Der Handel war ziemlich lebhaft.

Wetter

Im Nordwesten nähert sich ein Hochdruckgebiet, im Süden liegt eine Depression. Für Donnerstag und Freitag ist zeitweilig bedecktes, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Schuhhaus Lutz Lederfett

Zur bevorstehenden

Konfirmation

empfehlen

schwarze Kleider-Stoffe

Veloutin
Crep de chin
Crep-Satin
Taffet
echten Lindener Samt
Strümpfe
Handschuhe
Taschentücher
etc.

Geschw.

Horkheimer Nachf.

LUGER

Heute eintreffend

Fisch-Filet

55 Pf.

Schellfisch

35 Pf.

Hering-Salat

25 Pf.

Kopf-Salat Blumenkohl

Schwarzwälder Bauernbrot

stets zu haben bei **Bäcker Fuchs.**

Todes-Anzeige.

Wildbad, 18. Februar 1930.

Frau Luise Wacker geb. Mößinger

wurde heute nachmittag 1/4 Uhr im Alter von 66 Jahren von ihrem schweren Leiden erlöst.

In tiefem Leid:

Der Gatte:
Jakob Wacker

Die Kinder:
Fritz Wacker mit Familie
Mina Knülle geb. Wacker mit Familie
Christian Wacker mit Familie
Karl Wacker mit Familie, Heilbronn
Marie Koblin geb. Wacker mit Familie.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr auf dem Waldfriedhof statt.

Hotel Zimmermädchen

mit besten Zeugnissen sucht Stellung auf 1. März oder sofort in nur gutem Hause. Angebote an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Waldhämmer und Namenbrenneisen

billigst bei **L. Schwarz, Höfen.**

Junges Kuhfleisch

bei **Mezger Pfau.**

Radfahrer-Verein Schwarzwald Wildbad.

Am Sonntag den 23. Februar 1930, mittags 2 Uhr, findet im Lokal „Schwarzwaldhof“ unsere diesjährige

General-Versammlung

statt, wozu wir unsere Ehren-, passiven und aktiven Mitglieder einladen. — Zahlreicher Besuch ist Ehrensache.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Bericht des Fahrwarts.
3. Kassenbericht.
4. Neuaufnahmen.
5. Neuwahlen.
6. Veranstaltungen für 1930.
7. Verschiedenes.

Anträge sind schriftlich bis 21. Februar beim Vorstand einzureichen.
Der Ausschuss.

Schützen-Verein Wildbad

Am Samstag den 22. Februar 1930 findet unser

Familien-Abend

im Hotel Post statt. — Wir laden hiezu unsere Ehren-, aktiven und passiven Mitglieder freundlichst ein.

Beginn 8 Uhr.

Nichtmitglieder haben keinen Zutritt. Auswärtige Gäste können nur nach vorheriger Anmeldung beim Schützenmeisteramt eingeführt werden.

Das Schützenmeisteramt.
Freiwillige Gaben zur Gabenverlosung lassen wir bei unsern Mitgliedern abholen.

pfannkuch

Heute eingetroffen

Frische Geefische

Diese Woche billig

Abichlag

Ungäuer

Stangenkäse

la. 1/2 bis 3/4 reife Ware
Pfd. 50 Pf.

Selbsteingeschnittenes Sauerkraut

Weingärung
Pfd. 12 Pf.

Frische Bücklinge

Pfd. 33 Pf.

5% Rabatt Pfannkuch

Schreibmaschinen

nebst Zubehör kaufen Sie billigs bei **GESCHW. FLUM** Buch- und Papierhandlung.

Die Qualität des Blattes ist ausschlaggebend für den Erfolg der Anzeigen. Deshalb wird zur Insertion mit Vorliebe das **„Wildbader Tagblatt“** gewählt.

